

Bezahlt der Kreis Verhütungsmittel für Hartz IV - Bezieher?

Diskussion in Ostholstein - Kreisverwaltung soll Verfahren und Kosten prüfen

EUTIN Anders als Parteichef Westerwelle will Manfred Breiter jeglichen falschen Zungenschlag vermeiden. So nähert sich der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Kreis- haus dem Thema ganz behut- sam: ;~as bei oberflächlicher Betrachtung da und dort schon einmal Kopfschütteln verursachen mag, ist ein ernsthaftes Problem." Konkret geht es um die Frage, ob der Kreis Ostholstein bald für Hartz IV - Bezieherinnen Verhütungsmittel bezahlt.

Darüber wird bereits ausführlich in den Kreisgremien diskutiert. Der Sozialaus- schuss befürwortete einmütig einen Antrag der Grünen, wonach die Verwaltung die Tauglichkeit des "Flensburger Modells" für Ostholstein prüfen soll. Es sieht die Kos- tenübernahme für Verhü- tungsmittel für Hartz-IV-Be- zieherinnen und Menschen an der Armutsgrenze vor.

"In Flensburg hat sich be- reits im ersten Jahr gezeigt, dass ein dringender Bedarf besteht", erläuterten die Grünen-Abgeordneten Mo-

nika Obieray und Claudia Zimmerler ihren Antrag. Sie regten zudem Überlegungen an, ob die Schwangerschafts- beratungen über die Vergabe entscheiden sollen. Aus Sicht der Grünen ist dies ein mög- licher Ansatz, um Verwal- tungskosten zu sparen. Obie- ray: "Es ist sinnvoll, für den Kreis den Kostenumfang und eine mögliche Organisati- onsform darzustellen."

*"Es ist offensichtlich,
dass sich Frauen viele
der Verhütungsmittel
nicht leisten können."*

Manfred Breiter FDP-
Fraktionsvorsitzender

Landrat Reinhard Sager be- kräftigte den Anspruch, dass eine Kostenübernahme für Pille und Präservative nicht auf Stammtisch-Niveau dis- kutiert werden dürfe. Wenn im Regelsatz für Hartz IV- Empfänger bisher knapp 15 Euro für Medizinbedarf und Verhütungsmittel eingerech- net seien, dann seien die Fra- gen nach den Möglichkeiten gesellschaftlich erwünschter Familienplanung, erfüllter

Sexualität' und Wahrung der Menschenwürde legitim. Sa- ger betonte, dass eine Ent- scheidung, ob im Kreisetat Mittel bereit gestellt werden sollen, noch offen sei.

Die SPD war bei den Haus- haltsberatungen für 2010 mit ihrem Vorstoß, einen "Kreis- fonds für eigenbestimmtes Leben" einzurichten, noch gescheitert. FDP-Fraktions- chef Breiter räumte gestern aber die Notwendigkeit einer Lösung ein: "Es ist offen- sichtlich, dass sich betroffene Frauen viele der üblichen Verhütungsmittel nicht leisten können. Dies führt vermehrt zu ungewollten Schwangerschaften, die nicht nur dem Anspruch auf ein selbst bestimmtes Leben entgegenstehen, sondern auch noch teurer werden."

Die FDP-Kreistagsfraktion will aber verhindern, dass der Bund wieder Kosten auf die Kreise abwälzt. Breiter regte an, den Bezug von Verhü- tungsmitteln in den Härte- fallkatalogfür Sozialhilfe- Be- zieher aufzunehmen. bu